



## Infos zur EU-Konzessionsrichtlinie von Kerstin Westphal (MdEP)

**Bis Mitte Juni 2013 öffnete der Entwurf der EU-Kommission für die Richtlinie nach dem Jahr 2020 die öffentliche Wasserver- und -entsorgung durch die Hintertür den Gewinninteressen privater Investoren. Wasser drohte zum Spekulationsobjekt zu werden. Doch dem Druck von rund 1,5 Mio. Bürgerinnen und Bürgern aus acht Mitgliedsstaaten gab die EU-Kommission schließlich nach.**



In einer gemeinsamen Info-Veranstaltung der SPD-Ortsvereine Bad Berneck, Bischofsgrün, Gefrees, Goldkronach und Himmelkron am 31. Mai 2013 erläuterte die EU-Parlamentsabgeordnete Kerstin Westphal, was auf dem Spiel stand. Als stellvertretendes Mitglied des Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz war sie mit der Materie bestens vertraut. Trotz des schlechten Wetters zog das Thema. 60 Interessierte kamen zum Gasthaus Hotel Merkel. Darunter Landtagsabgeordnete Christoph Rabenstein, drei Bürgermeister und zahlreiche Gemeinde- und Stadträte. Aber erfreulicherweise auch viele Bernecker Mitbürgerinnen, die eher wenig mit der SPD zu tun haben.

Konzessionen sind Übertragungen von Aufgaben der öffentlichen Hand, weit überwiegend im kommunalen Bereich, an Private mit dem Recht zur Nutzung. Sie erhalten dafür kein Geld. Ein Beispiel dafür ist der Bau und Betrieb eines Parkhauses. Das Vergabevolumen der Konzessionen und öffentlicher Aufträge zusammen erreicht rund 1/6 des Bruttoinlandsprodukts (BIP), was im Jahr 2012 rund 440 Mrd. € ausmachte! Für die Auftragsvergabe gibt es schon länger einheitliche EU-Regeln, für die Konzessionsvergabe jedoch noch nicht.

*Das Thema zog - 60 Interessierte konnte  
1. Vorsitzender Udo Sauerstein bei der  
Info-Veranstaltung mit  
Kerstin Westphal begrüßen*

Daher ist die Einführung dieser Richtlinie auch grundsätzlich richtig mit vier Zielen. Sie soll Vergaben erleichtern, Bürokratie verschlanken, mehr Transparenz schaffen und Korruption verhindern.

Denn Korruption ist kein Problem allein von Mittelmeerraum oder Balkan. Im Jahr 2011 waren allein im Freistaat Bayern 211 Strafverfahren zu diesem Delikt anhängig. Der messbare Schaden in Deutschland belief sich im genannten Jahr auf 276 Mio. € zu Lasten aller Bürger.





Der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments hatte mit konservativ-liberaler Mehrheit am 24. Januar 2013 tief in die Gestaltungsfreiheit aller Kommunen der EU-Mitgliedsstaaten eingegriffen. Wäre diese Fassung geltendes Recht geworden, hätten Konzessionen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie Wasser, Energie- und Verkehrsversorgung sowie Postdienste in Zukunft europaweit ausgeschrieben werden müssen, und zwar ab Überschreiten eines Schwellenwertes von 5 Mio. €: schlichtweg die Hintertür für Konzerne wie RWE oder Veolia. Denn es wäre ein unaufhaltsamer Mechanismus geschaffen worden. Internationale Großkonzerne hätten nach dem Jahr 2020 mit hoher Wahrscheinlichkeit stets mehr geboten als ein einzelner kommunaler Versorger. Die Auswirkungen und Begehrlichkeiten nach Wasservorkommen hätten dann bis in den hintersten Winkel auf dem flachen Land gereicht.

Allein der Wassermarkt in der EU wird, laut WDR-Magazin „Monitor“, von Analysten auf eine dreistellige Milliardenhöhe geschätzt. Welche horrenden Folgen in Preis und Qualität die „Marktöffnung“ für Bürger in Frankreich und Großbritannien bereits hat, zeigte auch der Fernsehsender ARTE Anfang des Jahres mit der Ausstrahlung des Dokumentarfilms „Water makes Money“ – Wie private Konzerne aus Wasser Geld machen (anzuschauen unter [YouTube](#)).

Voraussichtlich im Herbst wird das Gesetzgebungsverfahren der Konzessionsrichtlinie im EU-Parlament einvernehmlich beschlossen. Die SPD hatte bundesweit auf allen politischen Ebenen gefordert, die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge, dazu gehört die Wasserversorgung, ausdrücklich von der Konzessionsrichtlinie auszunehmen und keine Hintertüren zu schaffen. Das Rettungswesen und der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) waren von vorneherein nicht in der Richtlinie enthalten – dort lässt sich bekanntlich nicht so viel verdienen wie das bei Frisch- und Abwasser der Fall gewesen wäre.

Juli 2013

Albrecht Diller

